

Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael / Thomas Schlemmer (Hg.)

Vorgeschichte der Gegenwart

Dimensionen des Strukturbruchs
nach dem Boom



V&R

V&R Academic

Nach dem Boom

Herausgegeben von
Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael

Vorgeschichte der Gegenwart

Dimensionen des Strukturbruchs nach
dem Boom

Herausgegeben von
Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael
und Thomas Schlemmer

Vandenhoeck & Ruprecht

Mit 2 Schaubildern und 3 Tabellen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN ISBN 978-3-647-30078-8

Weitere Ausgaben und Online-Angebote sind erhältlich unter: www.v-r.de.

Umschlagabbildung: Reichstagskuppel, Foto: © Sabine Back, Ulm

© 2016, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen / Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U. S. A.

www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: textformart, Göttingen | www.text-form-art.de

Inhalt

Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael

Nach dem Boom

Neue Einsichten und Erklärungsversuche 9

I. Formwandel und Strukturbrüche der Arbeit

Dieter Sauer

Permanente Reorganisation

Unsicherheit und Überforderung in der Arbeitswelt 37

Andreas Boes, Tobias Kämpf und Thomas Lühr

Von der »großen Industrie« zum »Informationsraum«

Informatisierung und der Umbruch in den Unternehmen in

historischer Perspektive 57

Thomas Schlemmer

Befreiung oder Kolonialisierung?

Frauenarbeit und Frauenerwerbstätigkeit am Ende

der Industriemoderne 79

Dietmar Süß

Der Sieg der grauen Herren?

Flexibilisierung und der Kampf um Zeit in den 1970er und

1980er Jahren 109

Wiebke Wiede

Zumutbarkeit von Arbeit

Zur Subjektivierung von Arbeitslosigkeit in der

Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien 129

Tobias Gerstung

Vom Industriemoloch zur *Creative City*?

Arbeit am Fluss in Glasgow während und nach dem Boom 149

II. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zwischen Kontinuität und Bruch

Stefan Eich and Adam Tooze

The Great Inflation 173

Christian Marx

Der Aufstieg multinationaler Konzerne

Umstrukturierungen und Standortkonkurrenz in der westeuropäischen

Chemieindustrie 197

Lutz Leisering

Nach der Expansion

Die Evolution des bundesrepublikanischen Sozialstaats seit

den 1970er Jahren 217

Wolfgang Schroeder und Samuel Greef

Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen nach dem Boom 245

Maria Dörnemann

Modernisierung als Praxis?

Bevölkerungspolitik in Kenia nach der Dekolonisation 271

III. Von der Konsum- zur Konsumentengesellschaft

Frank Trentmann

Unstoppable: The Resilience and Renewal of Consumption

after the Boom 293

Maren Möhring

Ethnic food, fast food, health food

Veränderungen der Ernährung und Esskultur im letzten Drittel

des 20. Jahrhunderts 309

Hannah Jonas

Fußballkonsum zwischen Kommerz und Kritik

England und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich 333

Tobias Dietrich

Laufen nach dem Boom

Eine dreifache Konsumgeschichte? 351

IV. Zeithorizonte und Zeitdiagnosen*Martin Kindtner*

Strategien der Verflüssigung

Poststrukturalistischer Theoriediskurs und politische Praktiken

der 1968er Jahre 373

*Fernando Esposito*Von *no future* bis Posthistoire

Der Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom 393

Elke Seefried

Bruch im Fortschrittsverständnis?

Zukunftsforschung zwischen Steuerungseuphorie

und Wachstumskritik 425

Dennis Eversberg

Destabilisierte Zukunft

Veränderungen im sozialen Feld des Arbeitsmarkts

seit 1970 und ihre Auswirkungen auf die Erwartungshorizonte

der jungen Generation 451

Morten Reitmayer

Britische Elitesemantiken vor und nach dem Strukturbruch 475

Abkürzungen 497

Autorinnen und Autoren 501

Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael

Nach dem Boom

Neue Einsichten und Erklärungsversuche

1. Zeithorizonte

Erstaunliches ist geschehen. Die Zeithistorie hat die gewohnten Pfade des beharrlichen Voranschreitens durch die Dekaden verlassen. Selbst die Sperrfrist der Archive, die berühmte Dreißig-Jahres-Frist, kann nicht mehr als Argument erhalten, um Forschungsfragen zu unterbinden und gegenwartsnahe Untersuchungen zu tabuisieren. Die Zeitgeschichte hat sich darauf eingelassen, eine Problemgeschichte der Gegenwart zu werden.

Ein solcher Aufbruch aus liebgewonnenen, aber erkenntnisarmen Routinen war eines der Ziele, die wir 2007/08 mit dem Forschungsprogramm in unserem knappen Aufriss »Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970« verbanden¹. Seither ist eine ganze Reihe von Beiträgen erschienen, die die empirischen Grundlagen der – wie wir sie nennen – gegenwartsnahen Zeitgeschichte erheblich erweitert haben. Diese Studien tragen dazu bei, die Eigenart der jüngsten Vergangenheit präzise und nuanciert erkennen zu können. Der Zeithorizont in den aktuellen Debatten ist zum Teil deutlich ausgeweitet worden und umfasst inzwischen gut und gerne ein halbes Jahrhundert, wenn es um Kontroversen über Theorien wie »Wertewandel«, Finanzmarktkapitalismus, zweite respektive Post- oder Spätmoderne geht oder um die Frage, welche sozialwissenschaftlichen Diagnosen und Daten für die historische Urteilsbildung verwendet werden können. Vor allem kulturhistorische beziehungsweise mentalitäts- und konsumhistorische Befunde datieren die Anfänge des Auf- und Umbruchs zu unserer Gegenwart auf die Mitte der 1960er Jahre, doch abgesehen davon wird inzwischen mehrheitlich die Zeit »um 1970/75« mit der summarischen Bezeichnung »nach dem Boom« zur Markierung dieser Anfänge gewählt. In den einschlägigen Debatten beziehen sich viele Argumente auf heutige Befunde, nehmen also den Präsentismus der Zeitgeschichte als Möglichkeit heuristischen Fortschritts ganz ernst, wenn sie die Anfänge von aktuellen Gegebenheiten im Guten wie im Schlechten in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten aufsuchen. Für die gegenwartsnahe Zeitgeschichte ist das ein ungewohnt langer Zeitraum,

1 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; die 3., ergänzte Auflage, nach der hier zitiert wird, datiert von 2012.

und er sollte auch nicht anders verstanden werden denn als Bestandteil der Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts und nicht zuletzt auch als Bestandteil der Moderne seit 1800. Die Zeitgeschichte umfasst das gesamte 20. Jahrhundert, wie die heftigen internationalen Debatten über die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für das Selbstverständnis der Zeitgenossen von 2013/14 zeigen, und sie ist nur aus den Entwicklungslinien seit der Aufklärung, der Französischen Revolution und der Neuordnung Europas nach dem Wiener Kongress zu verstehen². Ohne Reflexion über diese weiteren Bezüge kommt auch die Debatte über die gegenwartsnahe Zeitgeschichte nicht aus.

Die Beiträge dieses Bandes dokumentieren die Bedeutung unterschiedlicher Zeitperspektiven für die gegenwartsnahe Zeitgeschichte. Während die Mehrzahl den Blick auf die engere Zeitspanne der 1970er und 1980er Jahre richtet, greifen einige Beiträge auch auf die 1960er Jahre zurück, um die Problemkonstellation ihres Themas in den angemessenen Horizont zu rücken. Dies gilt für die Fallstudien von Christian Marx über die Anfänge der Internationalisierung europäischer Großunternehmen der Chemiebranche, von Maria Dörnemann über die modernisierungstheoretisch fundierte Bevölkerungspolitik internationaler Organisationen der Entwicklungshilfe in Kenia und von Morten Reitmayer über den Wandel der Elitensemantiken in Großbritannien. Den Zeithorizont seit den 1970er Jahren, vom Niedergang des Nachkriegsbooms und dem Beginn der Epoche nach dem Boom repräsentieren die sozialwissenschaftlichen Beiträge von Lutz Leisering, Andreas Boes und seinen Co-Autoren sowie von Dieter Sauer und Dennis Eversberg. Als Fallstudien zur Geschichte der Moderne im 20. Jahrhundert und zu den Transformationsdynamiken im Übergang von der Nachkriegsordnung zu den Anfängen der Gegenwart operieren die ideengeschichtlichen Aufsätze von Fernando Esposito, Martin Kindtner und Elke Seefried, weil sie weiter ausgreifen müssen, um die gedankliche Anbahnung der neuen Zeitdiagnose nachvollziehen zu können. Auch die konsumhistorischen Zeithorizonte sind weit gespannt, denn die Reformbewegungen der Jahrhundertwende um 1900 und die Entfaltung der Wohlstandsgesellschaft seit dem Ende der 1950er Jahre bildeten, wie Maren Möhring, Frank Trentmann und Hannah Jonas aus je unterschiedlicher Perspektive zeigen, Grundlagen oder prägten Erfahrungen und Erwartungen im Übergang zur Epoche nach dem Boom.

Diese Flexibilität der Zeithorizonte deckt unterschiedliche Sachverhalte auf. Sie verdeutlicht, dass es Problembezüge sind, welche die Zeithorizonte bestimmen und nicht umgekehrt. Die Pluralität von Zeitbegrenzungen, die in den Un-

2 Als prominentes neues Beispiel für die Bedeutung von »Ordnung« für Staaten und Gesellschaften vgl. Henry Kissinger, *World Order*, London 2014, und die nachdenkliche Würdigung des Buchs durch Niall Ferguson, *K of the Castle*. Henry Kissinger's guide to the confusions of foreign policy in a world without the old order, in: *The Times Literary Supplement* vom 28.11.2014, S. 3 ff.

tersuchungen sichtbar wird, aber auch von Basisprozessen, Trends oder Ereigniskomplexen stiftet keine Verwirrung, sondern vertieft die Erkenntnis, auch wenn die Zeitgeschichte darüber in ein Nebeneinander, ein scheinbares Durcheinander, von Zeitbezügen hineingerät, das angesichts der Routine in dekadologischer Chronologie verwirrend sein mag.

Die Debatte über die Frage, ob jenseits dieser Pluralität der Problem- oder Partialzeiten noch andere Epochengrenzen zu definieren sind, ist nach wie vor im Gang. Themen, Fragestellungen und Untersuchungsgegenstände definieren den spezifischen Horizont des Erkenntnisinteresses und können es nahelegen, andere historische Grenzlinien als die allseits gewohnten zu postulieren. Niemand wird widersprechen, wenn darauf hingewiesen wird, dass der eine oder andere Trend viel früher eingesetzt hat oder dass für eine bestimmte Fragestellung andere Zäsuren maßgeblich sind als jene, die wir seinerzeit aus unserem damaligen Erkenntnisinteresse postuliert haben.

Die Periodisierungsdiskussion weiterzuführen, lohnt sich allemal. Dies bleibt aber an das gegenseitige Einverständnis gebunden, dass es nur darum gehen kann, jenseits der Kontinuitäten in den Basisprozessen und jenseits der spezifischen Veränderungsrhythmen in einzelnen Handlungsfeldern oder Institutionen über die übergeordneten Trends und Wechselwirkungen in ihrer zeitlichen Dimension zu diskutieren. Nur so lässt sich die Debatte auf den entscheidenden Punkt konzentrieren, denn es geht um die Frage, welche Zäsuren gleichermaßen bedeutungsvoll waren und erklärungsstark sind, wenn wir Historiker nach einem Epochenzusammenhang suchen. Das macht es auch erforderlich, weitaus offener als in der Vergangenheit über den Nutzen einer solchen narrativen Bündelung – die ja keineswegs eine autoritative Homogenisierung sein soll – zu reden, weil von kulturhistorischer Seite nach wie vor grundsätzliche Vorbehalte gegen eine solche »Meistererzählung« bestehen. Will die Zeitgeschichte sich nicht in ihre Teildisziplinen auflösen, bleibt ihr nicht viel anderes übrig, als diese Spannung zwischen der Eigenzeitlichkeit autonomer Handlungsfelder mit je spezifischen Pfadabhängigkeiten und Pfadwechseln einerseits und der Durchschlagskraft synchroner Trends und Umbrüche andererseits zur Kenntnis zu nehmen und produktiv auszugestalten.

Ungeachtet einiger Polemiken und manchen Dissenses lässt sich aber ein stilles Einverständnis darüber feststellen, dass der Periodisierungsvorschlag »nach dem Boom« mit dem Postulat des Beginns »um 1970/75« manch hilfreichen Anhaltspunkt für den Beginn einer neuen Ära liefert. Nur wenige Stimmen plädieren noch dafür, mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland die 1970er Jahre von den 1980er Jahren zu trennen und als Jahrzehnte mit je eigener historischer Signatur auszumalen. Darin unterscheidet sich die deutsche Zeitgeschichte ganz markant von ihren Schwestern in einigen europäischen Nachbarländern. Auch ist der Kreis derjenigen kleiner geworden, die 1989/90 zur zentralen Zäsur erklären und das Geschehen in die nationalhistorische Kontinuitätslinie der Schul- und Handbücher mit den üblichen Daten 1914/18, 1933, 1945/49 und 1989/90 einordnen. Wenn man allerdings die Ebene wechselt und die Entwicklungen in

Europa insgesamt oder vorrangig in Osteuropa in den Blick nimmt, spricht nach wie vor vieles für die Zäsur 1989/90³.

Ganz anders sieht es aus, wenn man von der Gegenwart her fragt, welche Binnenzäsuren zu benennen wären, um die Epoche nach dem Boom genauer zu strukturieren. Ob die Finanzkrise von 2008 und die anschließende Eurokrise eine Schwelle zwischen der Vorgeschichte und unserer Gegenwart bilden, ist noch offen. Stefan Eich und Adam Tooze weisen in ihrem Beitrag darauf hin, dass der Anti-Inflationskonsens, der seit den 1980er Jahren die internationale Währungspolitik bestimmt, inzwischen brüchig geworden ist. Der Vorschlag indes, die Jahre zwischen 1995 und 2000 als Binnenzäsur zumindest für die Geschichte der Bundesrepublik, aber möglicherweise auch für die westeuropäischen Länder insgesamt zu markieren, ist plausibel und hat weitere Unterstützung gewinnen können. Dafür spricht, dass auf der Ebene der internationalen Entwicklung die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation nach der Einführung des *world wide web* 1995 mit den neuen Regeln des Finanzmarktkapitalismus zusammenwachsen und die daraus entstehenden globalen Märkte für Kapital, Dienstleistungen und Waren beflügelt haben. Auf der Ebene der Unternehmen konvergieren nach einer Phase vielfältiger Experimente seither neue Tendenzen in der Organisation von Arbeit und Produktion in Richtung einer Vermarktlichung und Beschleunigung. Politisch etablierte sich in diesen Jahren der neue neoliberale Konsens aller großen Parteien in der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik, und lebensweltlich fand die neue Welt digitaler Kommunikation über das Internet Eingang in den Alltag der meisten Westeuropäer. Eine Schwelle war überschritten, die Weichen für den Weg in eine neoliberale Zukunft waren gestellt.

2. Interdisziplinäre Verbindungen und Theoriebezüge

Ein wichtiges intellektuelles Ergebnis dieser doppelten Öffnung – hin zu den Kontinuitätslinien aus der Nachkriegszeit und hin zu den Problemlagen unserer Gegenwart – ist die Nähe der Zeithistorie zu den Sozialwissenschaften. In den letzten Jahren sind dort die Stimmen derer lauter geworden, die für die Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsperspektiven eine größere historische Tiefe fordern. Dies gilt sowohl für die Ebene der Theorie- beziehungsweise Modellbildung als auch für das empirische Fundament. Damit formiert sich ein deutliches Gegengewicht gegen den Trend in den Sozialwissenschaften, Distanz zu halten zu historischen Erklärungsansätzen und Detailkritik. Die unvergleichlich leichtere Zugänglichkeit digital verfügbarer Datenreihen zur Gegenwart und bestenfalls zur allerjüngsten Vergangenheit⁴ setzt in der empirischen Forschung

3 Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012; Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin²2014.

4 Das sind in der Regel höchstens die letzten zehn Jahre.

der Kooperation zwischen Sozial- und Geschichtswissenschaften enge Grenzen, aber nicht zuletzt dieser Band dokumentiert die Fortschritte im gemeinsamen Gespräch über die Vorgeschichte unserer Gegenwart. Das erfordert es, voneinander zu lernen, um die unterschiedlichen Methoden der beiden Disziplinen verstehen und in die Argumentation des eigenen Fachs integrieren zu können. Als wichtige Berührungspunkte oder Kontakt- und Austauschzonen haben sich die Themen Arbeitswelt, Biopolitik und Subjektivierungsformen sowie die Entwicklung der Sozialstaatlichkeit und des internationalen Finanzmarkts in seinem Verhältnis zur nationalen Demokratie herausgebildet.

Ein gemeinsames Thema für Sozialwissenschaftler und Zeithistoriker ist die Gegenwartsgeschichte des Kapitalismus. Die neu belebte Kapitalismus-Diskussion in der Zeitgeschichte mag man als Überraschung betrachten. Dies gilt umso mehr, als sie keineswegs mit einem *marxist turn* verbunden ist. Beim Nachdenken über die Dynamiken des gegenwärtigen Kapitalismus haben auch Zeithistoriker Ansätze aufgenommen, die aus dem Umfeld einer kapitalismuskritischen Tradition stammen, wie die Regulations- oder Postfordismusschule oder die wirtschaftssoziologische Analyse des Finanzmarktkapitalismus. Die Wiederentdeckung wirtschaftsgeschichtlicher Themen nach der Krise 2008/09 ist sicherlich eine wichtige Erklärung für diese Entwicklung, aber die Öffnung der Zeitgeschichte für globalgeschichtliche Perspektiven dürfte der intellektuell entscheidende, eigentliche Grund sein. Die Debatte über den Finanzmarktkapitalismus verbindet beide Stränge miteinander⁵.

Die in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beheimatete Regulationsschule⁶ ist mit ihren großflächigen Modellen zur Beschreibung einer fordistischen Phase des Industriekapitalismus zumal bei westdeutschen Wirtschaftshistorikern auf wenig Gegenliebe gestoßen. Vertreter der Regulationsschule haben sich aber frühzeitig mit der Erosion fordistischer Produktionsregime in Kernbereichen des Industriekapitalismus, allen voran der Automobilindustrie, seit den 1970er Jahren beschäftigt. Das hat seinen Niederschlag in der bereits in den 1980er Jahren formulierten These gefunden, es zeichne sich ein Übergang in eine postfordistische Phase ab. Diese Überlegungen zu einem epochalen Formwandel kapitalistischer Produktionsregime sowie wirtschafts- und sozialpolitischer Regulierungsmechanismen werden in diesem Band von Andreas Boes, Tobias Kämpf und Thomas Lühr sowie von Dieter Sauer prominent präsentiert. Sie entwerfen vor dem Hintergrund arbeitssoziologischer Studien aus den vergangenen vier Jahrzehnten zwei komplementäre Erklärungsmodelle für die viel-

5 Vgl. Paul Windolf, Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?, und Christoph Deutschmann, Finanzmarkt-Kapitalismus und Wachstumskrise, beide Beiträge in: Paul Windolf (Hrsg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden 2005, S. 20–57 und S. 58–84.

6 Vgl. Robert Boyer/Yves Saillard (Hrsg.), Regulation Theory. State of the Art, London 2002; Joachim Becker, Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg 2002; Bob Jesson/Ngai-Ling Sum, Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place, Cheltenham 2006.

fältigen Umbrüche in der Welt der Arbeit und der Unternehmen seit 1970. Zum einen eröffnete, wie Boes und seine Co-Autoren zeigen, die schrittweise Ausweitung der Computertechnologien eine neue Runde in der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit, konkret in der kapitalkonformen Nutzung von Kopfarbeit via Datenspeicherung und digitaler Kommunikation. Zum anderen ebneten Finanzmarktkapitalismus und Digitalisierung zugleich auch den Weg zu einer Vermarktlichung des Unternehmens. Dieter Sauer spricht hier programmatisch von einem neuen Idealtyp des kapitalistischen Unternehmens, dessen Genese in die Umbruchphase nach dem Boom fällt und dessen vielfältige und widersprüchliche Erscheinungsformen sich noch heute der Benennungsmacht der zeitgenössischen Industriesoziologie entziehen.

Mit Wolfgang Streecks Buch »Gekaufte Zeit« liegt ein Essay vor, der aus politökonomischer Makroperspektive die Epoche nach dem Boom deutet und dezidiert für die historische Fundierung einer Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus und seiner globalen Trends eintritt⁷. Die Debatte um Streecks Thesen ist in vollem Gang, und die Detailkritik hat bereits fruchtbare Korrekturen formuliert⁸. Für die bundesdeutsche Zeitgeschichte sind Streecks Thesen von besonderem Interesse. Sie versuchen, jene Besonderheiten der Jahrzehnte zwischen 1973 und der Jahrtausendwende aus den wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltungsspielräumen zu erklären, die es den demokratischen Parteien und den Sozialpartnern in der Bundesrepublik mittels wachsender Staatsverschuldung erlaubten, Zeit für notwendige Anpassungsprozesse zu gewinnen – Anpassungsprozesse, die ausgehend von den angelsächsischen Ländern vom internationalen Finanzmarktkapitalismus erzwungen wurden. Streeck hat ganz bewusst ein vereinfachendes Erklärungs- und Ablaufschema vorgelegt, das die Epoche nach dem Boom zur letzten Etappe in der Geschichte des Rheinischen Kapitalismus und des westdeutschen Korporatismus erklärt. Aus der Perspek-

7 Vgl. Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2014; vgl. auch Wolfgang Streeck, *Re-forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford 2010.

8 Vgl. die kritischen Stellungnahmen von Christoph Deutschmann, *Warum tranken die Pferde nicht? Nach der Wahl ist vor der Wahl: Gibt es eine Alternative für Deutschland und lässt sie sich von links formulieren?* Wolfgang Streecks »Gekaufte Zeit« über die Krise des demokratischen Kapitalismus ist das Buch zum politischen Streit um den Euro – eine Kritik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.9.2013, S. N 4, und von Hans Kundnani, *Debt States*, in: *The Times Literary Supplement* vom 28.11.2014, S. 31; vgl. *Forum on the Crisis of Democratic Capitalism*, in: *JMEH* 12 (2014), S. 29–79 (mit Beiträgen von Kim Ch. Priemel, Laura Rischbieter, Werner Plumpe, Adam Tooze, Lutz Wingert und Jakob Tanner); die Replik von Wolfgang Streeck, *Aus der Krise nach »Europa«? Vergangenheit und Zukunft in Geschichte und politischer Ökonomie* erschien im selben Jahrgang (S. 299–315) dieser Zeitschrift; vgl. auch *Forum: Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit*, in: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 3 (2014), S. 43–146 (mit Beiträgen von Maurizio Bach, Sebastian M. Büttner, Christoph Deutschmann, Klaus Dörre, Klaus Kraemer, Andrea Maurer, Uwe Vormbusch, Christoph Weischer, Stefan Lessenich und Heiner Ganßmann); die Erwiderung von Wolfgang Streeck, *Politische Ökonomie als Soziologie: Kann das gutgehen?, findet sich ebenda*, S. 147–166.

tive einer Zeitgeschichte des Kapitalismus spannt er einen »Zeitbogen« von den 1970er Jahren bis zur Gegenwart, der politische Zäsuren überwölbt und die tiefgreifenden Veränderungen im europäischen Liberalismus vom Sozial- zum Neoliberalismus herausstellt⁹.

Dem Neoliberalismus wird mit guten, wenn auch nicht völlig überzeugenden Gründen die Qualität bestritten, wie der Soziale Liberalismus ein demokratischer Liberalismus zu sein. Ideengeschichtliche Studien über diese Epoche dürften daraus fruchtbare Anregungen erhalten. Allerdings sticht hier die Zurückhaltung ins Auge, mit der die deutsche Geschichtswissenschaft sich diesem Thema einer internationalen *Intellectual History* nähert. Während in Frankreich zahlreiche Studien unterschiedlicher theoretischer Provenienz die verschiedenen Spielarten des Neoliberalismus behandeln und insbesondere Michel Foucault und Pierre Bourdieu als Stichwortgeber und Ideenspender ihre Spuren hinterlassen haben¹⁰, während auch in den angelsächsischen Ländern die zeitgenössische Kritik am politisch so einflussreichen Neoliberalismus beziehungsweise Neokonservatismus eine breite Aufarbeitung dieser Zusammenhänge angestoßen hat¹¹, fällt die Zurückhaltung deutscher Zeithistoriker markant ins Auge. Mit den Büchern von Bernhard Walpen, Jürgen Nordmann und Philip Plickert liegen aber inzwischen auf Deutsch drei ideengeschichtliche Studien über die vielen internationalen Spielarten und Kontroversen innerhalb des neoliberalen Meinungsfelds seit dem Zweiten Weltkrieg vor, die erheblich dazu beitragen könnten, auch hierzulande dem »Gespenst des Neo-Liberalismus« schärfere Konturen zu geben¹². Eine ideengeschichtliche Perspektive auf die Umbrüche nach dem Boom kann dann aufschlussreiche Verbindungen zur politökonomischen Debatte herstellen, wenn sie die Verschiebungen in den zeitgenössischen Diskursfeldern in deren wechselseitigen Bezügen aufspürt und für die politischen und sozialen Anschlüsse der neuen neoliberalen Sprache sensibel ist. Der Aufstieg des *human resource management* zu einem Gemeinplatz betriebswirtschaftlicher Rhetorik, die praktischen Anwendungen des Humankapitalgedankens oder die politische Sprache der europäischen Union im sogenannten Lissabon-Prozess¹³ sind Beispiele für derartige Verbindungen.

9 Vgl. dazu auch Anselm Doering-Manteuffel, Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts, in: VfZ 62 (2014), S. 321–348.

10 Für die französische Debatte vgl. die fundierte ideengeschichtliche Studie von Serge Audier, *Néo-libéralisme(s). Une archéologie intellectuelle*, Paris 2012.

11 Vgl. jüngst Daniel Stedman Jones, *Masters of the Universe. Hayek, Friedmann and the Birth of Neo-liberal Politics*, Princeton/NJ 2012.

12 Vgl. Jürgen Nordmann, *Der lange Marsch zum Neoliberalismus*, Hamburg 2005; Bernhard Walpen, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg 2004; Philip Plickert, *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung »Mont Pèlerin Society«*, Stuttgart 2008.

13 Vgl. Wirsching, Preis, S. 236 ff.

Eine solche Brücke von der politökonomischen Analyse des Kapitalismus nach der Krise der 1970er Jahre zu den kulturellen Veränderungen in der Gesellschaft hat das kanadische Forschungsprojekt *Social Resilience in the Neoliberal Era* gebaut¹⁴. Hier wird die Epoche nach dem Boom ebenfalls als neoliberale Ära verstanden, aber das verbindende Element Neoliberalismus wird differenziert als Ensemble einer spezifischen ökonomischen Theorie (Friedrich August von Hayek und Milton Friedman mit ihren Schulen unter Einschluss der *Mont Pelerin Society*), einer neo-konservativen politischen Ideologie (Margaret Thatcher und Ronald Reagan als Vorbilder), eines Regulierungsmodells auf nationaler und internationaler Ebene sowie schließlich eines bestimmten Menschen- und Gesellschaftsbilds. Nur in den angelsächsischen Ländern gelangten alle vier Elemente dieses neoliberalen Syndroms zu hegemonialer Geltung, aber selbst dort lösten sie starke, auch wirkungsvolle Gegenbewegungen aus. Der wesentliche Faktor für die breite internationale Wirkung bestand darin, dass neoliberale Politikmodelle wie die Deregulierung von Märkten, Privatisierungen oder der Freihandel vor allem über die internationalen beziehungsweise supranationalen Organisationen – in Westeuropa war das die EU-Kommission – durchgesetzt wurden und seit den 1990er Jahren einen parteiübergreifenden Konsens der politischen Klassen in den westlichen Demokratien und dann auch in Osteuropa formten¹⁵.

In globaler Perspektive beruhte der Erfolg zum Beispiel in Lateinamerika, Afrika oder Asien mehr auf Machtasymmetrie und Durchsetzungsvermögen der internationalen Geldgeber und Anleger und nicht auf der ideologischen oder sozialen Überzeugungskraft des neoliberalen Programms, sofern man dieses als politische Ideologie oder Weltansicht versteht¹⁶. Über den gängigen Interpretationsrahmen liberaler Globalisierung geht dieser interdisziplinäre Ansatz insofern weit hinaus, als er systematisch nach der globalen Verbreitung und dem jeweils national beziehungsweise regional spezifischen Echo des neoliberalen Welt- und Menschenbilds (*social imaginary*) fragt. Damit gibt es einen Analyserahmen, der es erlaubt, die dieengeschichtlichen und gesellschaftsgeschichtlichen Dimensionen der Veränderungen seit Mitte der 1970er Jahre in ein politökonomisches Modell des internationalen Kapitalismus zu integrieren. Die Nähe zu dem von uns vorgeschlagenen Erklärungsansatz ist offensichtlich, denn »Gesellschaftsmodell und Menschenbild« stellen auch für uns die dritte Komponente dar, die mitbedacht werden muss, wenn man die Erfolgsgeschichte der neoliberalen Weltordnung verstehen will¹⁷. Die kanadischen Forschungen betonen insbesondere die auf den ersten Blick verwirrenden Erfolge neoliberal imprägnierter Menschenrechtspolitik

14 Vgl. Peter A. Hall/Michèle Lamont (Hrsg.), *Social Resilience in the Neoliberal Era*, Cambridge (Mass.)/New York 2013.

15 Vgl. Ther, *Neue Ordnung*.

16 Vgl. Peter B. Evans/William H. Sewell Jr., *Neoliberalism: Policy Regimes, International Regimes, and Social Effects*, in: Hall/Lamont (Hrsg.), *Social Resilience*, S. 35–68.

17 Doering-Manteuffel/Raphael, *Nach dem Boom*, S. 10f. (Vorwort zur 2. Auflage).

und eines neoliberalen Multikulturalismus¹⁸. Damit steckt dieser Ansatz einen Rahmen ab, auf den sich weitere Studien beziehen können, wenn sie nach den Verknüpfungen zwischen internationalen und nationalen Entwicklungen fragen.

Das Problem veränderter Wertvorstellungen und sozialer Ordnungsmuster wird auch in den aktuellen zeitgeschichtlichen Kontroversen um den sogenannten Wertewandel greifbar – ein Thema, das in deutschsprachigen Studien zu den Jahren nach dem Boom einen prominenten Platz einnimmt¹⁹. Inzwischen liegen erste empirische Ergebnisse aus zeitgeschichtlichen Untersuchungen vor, und auch die Theoriediskussion hat festere Grundlagen gewonnen²⁰. Im Zentrum der historischen Forschung stehen zum einen Arbeiten zu Konflikten über die Benennung und Auslegung normativer Orientierungen, zum zweiten Studien über die Wirksamkeit und den Wandel von Wertorientierungen in der sozialen Praxis und zum dritten Arbeiten über die sozialwissenschaftliche Forschung zum »Wertewandel« und deren zeitgeschichtliche Spuren. Während Untersuchungen, die man dem Pol der sozialen Praxis zuordnen könnte, vor allem die Janusköpfigkeit der 1960er und 1970er Jahre sowie die Ambivalenzen normativer Orientierungen betonen, zeichnen jene Arbeiten, die sich mit politischen beziehungsweise medialen Kontroversen im Umfeld des »Wertewandels« beschäftigen, ein schärferes Bild der Epoche. Sie entdecken das Thema »Wertewandel« als Produkt bereits laufender Konfrontationen um das gesellschaftlich Sag- und medial Zeigbare in den westlichen Demokratien. Aus den vorliegenden Untersu-

- 18 Vgl. Jane Jenson/Ron Levi, *Narratives and Regimes of Social and Human Rights. The Jack Pines of the Neoliberal Era*, und Will Kymlicka, *Neoliberal Multiculturalism?*, beide Beiträge in: Hall/Lamont (Hrsg.), *Social Resilience*, S. 69–98 und S. 99–125. Zur Konjunktur der Menschenrechtspolitik in den 1970er und 1980er Jahren grundlegend: Jan Eckel, *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940er Jahren*, Göttingen 2014, S. 343–802.
- 19 Vgl. Rüdiger Graf/Kim Ch. Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: VfZ 59 (2011), S. 479–508, insbesondere S. 486 ff.; Benjamin Ziemann, *Sozialgeschichte und empirische Sozialforschung*, in: Pascal Maeder/Barbara Lüthi/Thomas Mergel (Hrsg.), *Wozu noch Sozialgeschichte? Eine Disziplin im Umbruch*, Göttingen 2012, S. 131–149, hier S. 138; Bernhard Dietz/Christopher Neumaier, *Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung*, in: VfZ 60 (2012), S. 293–304; Jenny Pleinen/Lutz Raphael, *Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin*, in: VfZ 62 (2014), S. 173–196, insbesondere Abschnitt 2 (S. 176–184): *Von der Historisierung eines sozialwissenschaftlichen Konstrukts zur Rekonstruktion eines zeitgeschichtlichen Forschungsproblems: der »Wertewandel«*.
- 20 Vgl. Bernhard Dietz/Christopher Neumaier/Andreas Rödder (Hrsg.), *Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren*, München 2014; zum Folgenden vgl. insbesondere die in diesem Band enthaltenen Beiträge von Jörg Neuheiser, *Der »Wertewandel« zwischen Diskurs und Praxis. Die Untersuchung von Wertvorstellungen zur Arbeit mit Hilfe von betrieblichen Fallstudien* (S. 141–168), und Bernhard Dietz, *Wertewandel in der Wirtschaft? Die leitenden Angestellten und die Konflikte um Mitbestimmung und Führungsstil in den siebziger Jahren* (S. 169–197).

chungen wird erkennbar, dass »Wertewandel« als soziale Praxis nach wie vor ein keineswegs eindeutiges Phänomen vor allem der 1970er und 1980er Jahre war. Es bedarf dringend weiterer historischer Detailforschung über die Konturen des »Wertewandels«, der über Meinungsforschung, Politikberatung und Medien zu einem festen Bestandteil der bundesdeutschen Politik und Öffentlichkeit dieser Jahrzehnte geworden ist und als historische Tatsache gilt. Doch ist er es auch? Das Gespräch über den »Wertewandel« wurde so zu einer der bevorzugten Möglichkeiten, die irritierenden und unkontrollierbaren Folgen jenes »sozialen Wandels revolutionärer Qualität« einzuhegen, welche in anderen Regionen der Welt, etwa den USA, zu regelrechten *culture wars* eskalierten.

Interdisziplinären Charakter haben auch die Debatten über die Veränderung von Zeitstrukturen und Zeitwahrnehmung während der letzten 50 Jahre. In Deutschland hat nicht zuletzt die einflussreiche Studie von Hartmut Rosa zu den jüngsten Folgen der epochalen Beschleunigung anregend gewirkt²¹. Sie profitiert jedoch von den Debatten um *Posthistoire* und Postmoderne, die in den Kulturwissenschaften schon seit geraumer Zeit geführt werden, aber zunächst kaum Berührungspunkte mit der zeitgeschichtlichen Forschung aufwiesen. Im vorliegenden Band hat dieses Gespräch zwischen den Disziplinen vielfältige Spuren hinterlassen; ein Abschnitt ist nicht umsonst dem Wandel von Zeitstrukturen und Zeitwahrnehmungen gewidmet.

Welche Impulse enthalten diese neuen Debatten und Ansätze für den ursprünglich 2007 entworfenen Erklärungsansatz einer Epoche nach dem Boom? Drei Bemerkungen scheinen uns wichtig: *Erstens* bestätigen die aktuellen Debatten um einen geeigneten politökonomischen Erklärungsansatz die Ausgangshypothese, dass den Umbauten im internationalen ökonomischen Bezugsrahmen besondere Wirkungskraft zugeschrieben werden muss und den neuen Formen des Finanzmarktkapitalismus darin eine Schlüsselrolle zukommt. Offen und umstritten ist nach wie vor, wie groß die Spielräume für nationale Varianten in den Arrangements zwischen den organisierten Interessenvertretungen von Kapital, Arbeit und Staat in den westlichen Demokratien waren. Gab es eine Konvergenz der Entwicklungen unter dem Primat des anglo-amerikanischen neoliberalen Modells, oder handelte es sich um die Transformation der nationalen Varianten des Kapitalismus? Diese Frage bleibt aus unserer Sicht offen und steckt ein Feld gemeinsamer Forschungsinteressen von Historikern, Ökonomen und Sozialwissenschaftlern ab. Vor allem vergleichende Untersuchungen dürften hier in den nächsten Jahren nützlich sein. Dass noch vieles der Klärung bedarf, zeigt unter anderem die Debatte um Streecks Thesen. Mit Blick auf die Arbeitswelt korrigieren die meisten Kritiker die primär fiskalpolitischen und machstrategischen Argumente. »Gekaufte Zeit« und »Vertragskündigung durch die Kapitaleseite« werden hier ergänzt durch ein weiteres Argument, das den Charakter des Umbruchs deutlich macht und die experimentelle Seite dieser »Vertragskün-

21 Vgl. Hartmut Rosa, *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a. M. 102014.

digung« auf betrieblicher Ebene betont. Kapitalistische Unternehmen wurden neu erfunden, oder, wie es Andreas Boes und seine Co-Autoren in ihrem Beitrag formulieren, das »Unternehmen 2.0« wurde entwickelt. Die gekaufte Zeit erweist sich in dieser Perspektive als eine »Zeit der Experimente«, welche keineswegs zu so eindeutigen Ergebnissen führte, wie die währungs- und fiskalpolitischen Makrotrends der westlichen Länder zu suggerieren scheinen. Gerade die Veränderungen in den exportorientierten westdeutschen Unternehmen seit den 1980er Jahren verweisen darauf, dass es sich für die kapitalistischen Produktionsregime um eine Phase vielfältiger Versuche und Umbauten handelte.

Zweitens bedarf die politökonomische Analyse der engeren Verknüpfung mit den zeitgenössischen Debatten um Gesellschaftsmodelle, denn sie stellen eine zentrale Komponente der politischen Sprache in den westeuropäischen Demokratien dar. Hier liegt unseres Erachtens auch der Schlüssel zum Erfolg neoliberaler Argumente und Sichtweisen. Die politökonomische Rahmenanalyse entwirft auf der Makroebene ein Konfliktmodell zwischen Kapital und Arbeit, zwischen unterschiedlichen Kapitaleignern und nationalstaatlich organisierten Kapitalinteressen, das der Konkretisierung und Ergänzung durch ideengeschichtliche beziehungsweise diskursanalytische Studien bedarf. Wie verbreiteten sich die neuen internationalen politischen Sprachen wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Expertise in den internationalen Organisationen, in den Firmen des *Consulting* und in Fachmedien, und welche Formen nationalsprachlicher Vulgarisierungen entwickelten sich daraus? Welche Gegenpositionen schwächten Durchsetzungskraft und Realisierungschancen der neuen neoliberalen Zukunftsentwürfe für die westeuropäischen Gesellschaften seit den 1980er Jahren?

Drittens bestätigen die neuen Ansätze unsere Hypothese, dass den Veränderungen der Menschenbilder besondere und eigenständige Bedeutung zuzumessen sei. Hier ist die Grenze rein politökonomischer Erklärungsansätze erkennbar, denn die Geschichte der neueren Subjektivierungsformen in ihrem zeittypischen Dilemma zwischen Freiheitspotenzierung und Anpassungszumutung für den Einzelnen und in ihrem gesellschaftlichen Trend zur Steigerung sozialer Ungleichheit trotz egalitärer Versprechungen umfasst nicht bloß einen Komplex neoliberaler Ideologiefolgen. Vielmehr beschreibt sie einen Basisprozess der westeuropäischen Gesellschaften seit 1980. Freiheitsversprechen, Zuschreibungszwänge sozialer Folgen und Liberalisierungseffekte sind stärker als bisher in der Forschungsagenden einer Zeitgeschichte nach dem Boom aufzunehmen. Bei der Weiterentwicklung ihres Erklärungspotentials ist sie darauf angewiesen, die Wege zwischen der aktuellen Kulturgeschichte und der Wirtschafts- und Politikgeschichte knapp und klar auszumessen. Daran erinnert die zeitgenössische Debatte um Wertewandel beziehungsweise *culture wars*, ohne die die überraschenden Verbindungen und Mischungen libertärer, neo-konservativer und wirtschaftsliberaler Strömungen seit den 1980er Jahren kaum vorstellbar wären.

3. Forschungsthemen

Der vielleicht überraschendste Trend der letzten Jahre besteht darin, dass die Geschichte der Arbeit von den Zeithistorikern neu entdeckt wird, nachdem zweieinhalb Jahrzehnte Desinteresse und kühle Distanz dominierten. Natürlich sorgten organisatorische und institutionelle Kontinuitätslinien dafür, dass Forschungen auf diesem Feld niemals vollständig abrisen, aber die intellektuelle Ausstrahlung der in den 1970er Jahren etablierten traditionellen Geschichte der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften war doch auf ein Mindestmaß geschrumpft. Für die Neukonzipierung der Zeitgeschichte nach dem Boom gingen von hier keine Impulse aus. Sie kamen vielmehr eindeutig aus der industrie- und wirtschaftssoziologischen Debatte um neuere Tendenzen in den Arbeitswelten, worin sich unzweifelhaft das ideologische Selbstverständnis des neoliberalen Regimes der Markt- und Leistungsorientierung spiegelte. Aber gerade daraus resultierte der alarmistische Ton, der die Zeithistoriker wachrüttelte und sie veranlasste, die Probleme der sich wandelnden Arbeitswelten wahrzunehmen. Wer sich mit den Erscheinungsformen des industriellen »Wandels von revolutionärer Qualität«²² seit den 1980er Jahren beschäftigte, konnte an sozialem Aufruhr wie dem *Miners' Strike* in Großbritannien 1984 oder dem Kampf der Rheinhauser Stahlwerker gegen die Schließung des dortigen Hüttenwerks 1988 nicht vorbeigehen²³. Auch die Globalisierung blieb nicht folgenlos. Die außereuropäische Geschichte der Arbeit unter dem Titel *Global labour* blühte nicht zuletzt dank der Initiativen des *International Institute of Social History* in Amsterdam auf und erhielt 2009 mit der Einrichtung des entsprechenden Forschungskollegs in Berlin einen deutschen Schwerpunkt, von dem vielfältige Anregungen ausgingen. Die Flexibilisierung von Arbeit, die Deregulierung standardisierter Arbeitszeitordnungen, die Veränderung industrieller Arbeitsprozesse und schließlich die Arbeitslosigkeit und der gesellschaftliche und politische Umgang damit sind Gegenstand aktueller Studien.

Ein wichtiger Strang ist bereits jetzt in diesen Forschungen erkennbar: der veränderte Stellenwert von Subjektivierung in den verschiedensten Arbeitswelten, der in der soziologischen Forschung bereits seit den 1980er Jahren diskutiert und in der deutschen Übersetzung von Richard Sennetts Buch »The Corrosion of Character« griffig auf die Formel »Der flexible Mensch« gebracht worden

22 Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 29.

23 Vgl. Francis Beckett/David Hencke, *Marching to the Fault Line. The Miners' Strike and the Battle for Industrial Britain*, London 2009; Arne Hordt, *Von Scargill zu Blair? Der britische Bergarbeiterstreik 1984/85 als Problem einer europäischen Zeitgeschichtsschreibung*, Frankfurt a. M. u. a. 2013; zum Umbruch im Ruhrgebiet und den Traditionsindustrien vgl. Waltraud Bierwirth/Otto König (Hrsg.), *Schmelzpunkte. Stahl: Krise und Widerstand im Revier*, Essen 1988; Anselm Doering-Manteuffel, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: VfZ 55 (2007), S. 559–581.

ist²⁴. Die Subjektivierung reicht von der industriellen Fertigung über industriennahe Dienstleistungen, öffentliche Dienstleistungen und Verwaltungen bis zu den neuen »kreativen« Berufswelten zwischen Kultur und Kommerz und gehört zu jenen Trends, die quer durch die verschiedenen Arbeitswelten verlaufen und als verbindendes Charakteristikum begriffen werden müssen. Auf diesem Feld sind die Berührungspunkte mit den Sozialwissenschaften besonders eng. Die Debatte um soziologische Zeitdiagnostik, aber auch die gemeinsame Arbeit in den sozialwissenschaftlichen Archiven und die Lektüre von verschriftlichten Interviews und Gesprächen mit Beschäftigten und Arbeitslosen hat dieser Zeitgeschichte der Arbeit eine dezidiert andere Richtung gegeben als noch vor gut zehn Jahren²⁵.

Im vorliegenden Band ist die erste Sektion diesem Forschungsfeld, dem Formwandel und den Strukturbrüchen der Arbeit, gewidmet. Neben den bereits genannten soziologischen Beiträgen von Andreas Boes und Co. sowie dem Aufsatz von Dieter Sauer widmen sich die Texte von Thomas Schlemmer, Dietmar Süß, Wiebke Wiede und Tobias Gerstung diesem Thema. Schlemmer beschreibt nicht nur die Frauenerwerbsarbeit, sondern zeigt an diesem Beispiel auch, wie sich in den 1970er und 1980er Jahren der Arbeits-Begriff in Richtung größerer Entfaltungsspielräume, neuer Emanzipationsmöglichkeiten und alternativer Lebensentwürfe erweitert hat, um dann in den 1990er Jahren wieder auf die Lohnarbeit zurückzufallen. Dietmar Süß veranschaulicht, was Flexibilisierung, was flexible Arbeitszeiten sein sollten, was sie de facto waren, wo Gewinner und Verlierer aufzuspüren sind. Auch hier, wie in den meisten anderen Fällen, entsteht ein Bild, welches die Ambivalenz der Neuordnungsdynamiken zeigt und die pessimistische Sicht, die Richard Sennet aufgrund seiner frühen Beobachtungen Ende der 1990er Jahre einnahm, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts vorsichtig korrigiert. Das betrifft auch die Arbeitslosigkeit als einen neuen, weit verbreiteten Erfahrungstatbestand in den westeuropäischen Ländern nach anderthalb Jahrzehnten der Vollbeschäftigung. Wiebke Wiede analysiert regierungsamtliche Maßnahmen zur sozialen Regulierung und Subjektivierung von Arbeitslosigkeit, die an Überlegungen über Formen und Grenzen der Zumut-

24 Richard Sennett, *Der flexible Mensch*, Berlin 2006 (englische Fassung: New York 1998), und Richard Sennett *Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 2007; vgl. auch Ulrich Bröckling, *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Frankfurt a. M. 2007.

25 Vgl. Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.), *Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel der Arbeitswelten*, Bonn 2011; Morten Reitmayer (Hrsg.), *Unternehmen am Ende des »goldenen Zeitalters«*. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive, Essen 2008; Lutz Raphael, *Flexible Anpassungen und prekäre Sicherheiten. Industriearbeit(er) nach dem Boom*, und Christian Marx, *Die Manager und McKinsey. Der Aufstieg externer Beratung und die Vermarktlichung des Unternehmens am Beispiel Glanzstoff*, beide Beiträge in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014, S. 51–64 und S. 65–77.

barkeit von Arbeit geknüpft waren. Erneut taucht das Problem der Flexibilität in räumlicher, zeitlicher und beruflicher Hinsicht auf, denn Wochenendpendeln, Ortswechsel und Umziehen oder zusätzliche Bildungsanstrengungen wurden für zumutbar erklärt und sozialrechtlich geregelt. Tobias Gerstung beschreibt den Strukturwandel nach dem Boom am Beispiel der schottischen Hafen- und Industriestadt Glasgow, die zunächst dem Niedergang geweiht zu sein schien, dann eine schwere Anpassungskrise durchmachte und schließlich als Zentrum eines kreativen Kulturbetriebs unter kluger Nutzung der digitalen Revolution neu erstand. Ein Platz für ungelernete Arbeitskräfte konnte eine solche *Creative City* nicht mehr sein.

Eng verbunden mit der Geschichte der Arbeit seit den 1970er Jahren ist die Geschichte der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Beide Felder sind in der gegenwartsnahen Zeitgeschichte breit vertreten, aber auch hier handelt es sich im Kern um ein interdisziplinäres Forschungsgebiet, das Soziologen, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker gemeinsam bearbeiten. Die Wiederentdeckung der Armut, die sozialpolitische Verwaltung von Arbeitslosigkeit und die neuen Problemfelder einer Sozialpolitik, die seit der Mitte der 1970er Jahre an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten stieß, gehören zu den aktuellen Untersuchungsthemen²⁶.

Im zweiten Teil wandert der Blick mit den Beiträgen von Stefan Eich und Adam Tooze, von Christian Marx, Lutz Leisering, Wolfgang Schroeder und Samuel Grief sowie Maria Dörnemann hinüber auf die andere Seite der Arbeitswelt, die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die zwischen klaren Kontinuitäten und tiefgreifenden Brüchen gestaltet werden musste. Eich und Tooze betonen, dass die Geschichte der Jahrzehnte nach dem Boom auch als Geschichte der »Großen Inflation« der 1970er Jahre und deren Überwindung bis 1986 geschrieben werden müsse, einer Inflation, die in Großbritannien zeitweilig 24 Prozent, in den USA bis zu 12 Prozent und in der Bundesrepublik immerhin noch acht Prozent betrug. Ihre Thesen werden die Forschung in unserem Feld deutlich vorantreiben. Die Hinwendung zu einer nicht länger fiskalpolitisch, sondern monetaristisch inspirierten Wirtschaftspolitik wurde 1974 von der Deutschen Bundesbank und nicht von britischen oder amerikanischen Institutionen begonnen. Eich und Tooze arbeiten die komplexen Tendenzen der internationalen Geldpolitik seit dem Ende von Bretton Woods heraus und zeigen, dass die monetaristische Wende vor allem auf eine Entpolitisierung der Wirtschaft und deren Loslösung von den Gestaltungsansprüchen demokratischer Politik hinauslief. Getragen wurde dieser Umbruch von einer breiten anti-inflationären Grundstimmung bei den Wählern in den westlichen Demokratien. Sie verschaffte konservativen Wortführern wie Margaret Thatcher und Ronald Reagan erst den Spielraum für ihre radikal antigewerkschaftliche Politik. Der Wandel der Staatsfunktion, über den wir noch sprechen werden, kam in den späten 1970er und

26 Vgl. Winfried Süß, Vom Rand in die Mitte der Gesellschaft? Armut als Problem der deutschen Sozialgeschichte 1961–1999, in: Ulrich Becker (Hrsg.), Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Bonn 2010, S. 123–140.

frühen 1980er Jahren in Gang, als Deindustrialisierung, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Inflation eine ineinander verwobene Herausforderung für die Regierungen und Zentralbanken der wichtigsten Industrieländer darstellten. Die »Große Inflation« war ein genuiner Bestandteil des »Wandels von revolutionärer Qualität« und muss daher in weit stärkerem Maß als bisher in die zeithistorische Urteilsbildung einbezogen werden.

Christian Marx demonstriert am Beispiel deutscher und niederländischer Chemiefaserkonzerne (seit 1969 im Akzo-Konzern zusammengeschlossen), dass die Relativierung dieses Rahmens durch Internationalisierung und – wie er es nennt – einen unternehmensübergreifenden Multinationalisierungsprozess bereits in den 1960er Jahren in Gang kam. Sie konnte an die Vorbilder der Montanintegration seit dem Schuman-Plan von 1950 und dessen Vorläufer im Zweiten Weltkrieg, wenn nicht in den 1920er Jahren, anknüpfen, aber diese Inter- oder Multinationalität blieb an die wirtschaftlich und politisch bestimmende Vorrangstellung des Staates als nationaler Staat oder als Staatengemeinschaft wie im Falle der EWG und der EG gebunden. Daher waren die späteren Veränderungen von der Internationalität zur Transnationalität und dann zur Globalität, in deren Verlauf die Bedeutung des Staates deutlich zurückging, zunächst ganz unspektakulär. Sie traten erst ins öffentliche Bewusstsein, seit »Multis« wie der Siemens-Konzern und einige andere in den 1980er Jahren als Teil eines internationalen Netzwerks und damit auch als Rad im Getriebe des Finanzmarktkapitalismus jenseits von nationalen Wirtschaftszweigen sichtbar wurden.

In dialektischer Verschränkung damit verstärkte sich die Sozialstaatlichkeit in den europäischen Ländern. Lutz Leisering erklärt am Beispiel des deutschen »Konsenssozialstaats«, den die Zeit des Booms hervorbrachte, die Verschränkung von Wohlfahrtsstaatlichkeit mit der fortschreitenden Individualisierung breiter Bevölkerungskreise. Sein Beitrag illustriert anschaulich, dass sich der »Wandel von revolutionärer Qualität«, der sich in den Industriegesellschaften und -gesellschaften seit den 1970er Jahren vollzog, mit Kontinuitätslinien verbunden war, die allem Wandel hohnzusprechen scheinen. Doch mitnichten. Die Ausweitung des Sozialstaats stand einerseits in der Kontinuität der Sozialstaatlichkeit und entsprach den Eigeninteressen der mit ihnen entstandenen Institutionen und Berufsgruppen. Sie war andererseits eine Funktion des dynamischen Wandels, weil sie den Tendenzen zur Pluralisierung und Individualisierung Rechnung trug. Diese Tendenzen aber wurden im Übergang von der Zeit des Booms in die Epoche nach dem Boom immer stärker, weil die sozialen Interessen einer wachsenden Zahl von gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt werden mussten, mehr soziale Probleme zu bewältigen und neue Randgruppen zu integrieren waren. Das hatte nicht zuletzt darin seinen Grund, dass der Politikmodus der Integration jetzt auch moralisch bestimmt wurde. Die Konjunktur des moralischen Arguments in der Öffentlichkeit und der Politik seit den 1990er Jahren ist als Kompensation der wachsenden Immoralität in der Praxis des Finanzmarktkapitalismus zu verstehen. Die Sozialpolitik in der Zeit nach dem Boom setzte allerdings die Politik des »Konsenssozialstaats« keineswegs fort, sondern

organisierte die Wohlfahrtsleistungen mit Hilfe der Bedürftigkeitsprüfung im neoliberalen Sinne um, minderte den Finanzierungsdruck durch Leistungsabstriche und komplementären Ausbau privater Sicherungen. Langfristig passte der Staat seine Sozialpolitik dem Erwartungsdruck des Finanzmarkts an und organisierte die Ausweitung der Sozialpolitik als eine Funktion der neuen Machthierarchie von Markt und Staat. Diese generellen Trends kamen in den europäischen Ländern ganz unterschiedlich stark zum Tragen. Auch die institutionellen Lösungen differierten deutlich. Trotz länderübergreifender neoliberaler Sozialstaatskritik blieben die Welten europäischer Wohlfahrtstaatlichkeit unterschiedlich, auch wenn die alten Pfadabhängigkeiten aus den Jahrzehnten des Booms immer mehr an Bedeutung verloren.

Wolfgang Schroeder und Samuel Greif arbeiten heraus, dass es durchaus berechtigt erscheint, von einem sozioökonomischen Strukturbruch im Verlauf der 1970er Jahre zu sprechen, dieser aber im Gewerkschaftsmodell und den Arbeitsbeziehungen erst zeitverzögert zum Ausdruck kam. Seither befinden sich die Gewerkschaften in einem Anpassungsprozess, der einerseits auf den Wandel in den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen nach dem Boom reagieren und andererseits den Ort der Gewerkschaften im veränderten, transnational geöffneten Industriesystem neu bestimmen muss. Gewerkschaften können ihren Einfluss nur konturieren, wenn sie Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen akzeptieren, und sie müssen dies so tun, dass sie ihrer Klientel, den Arbeitnehmern, auch nützen. Die Anpassungsleistung der deutschen Gewerkschaften an diese Herausforderungen und ihre maßvolle, ökonomisch klug kalkulierende Politik hat zur Stabilisierung der industriellen Produktion und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen. Wie die SPD und die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien insgesamt, haben die Gewerkschaften das neue marktliberale Produktionsregime akzeptiert, um sich die Handlungsspielräume für die eigene Mitgestaltung zu sichern. Wie die Entwicklung bei den politischen Parteien zeigt sich auch bei den Gewerkschaften, dass zeitgenössisch gar keine Alternative zum Mitgestalten unter veränderten Bedingungen gesehen wurde. Alle politischen und gesellschaftlichen Akteure haben zur Aufrichtung neuer ökonomischer Rahmenbedingungen beigetragen und damit die politökonomischen, ideologischen und kulturellen Rahmenbedingungen aus der Zeit des Booms überwunden. Kritik und Bitterkeit hielten sich mit Optimismus und dem Willen zu Neugestaltung die Waage.

In wie hohem Maß Modernisierung und sozialpolitische Homogenisierung mit dem hegemonialen Anspruch des atlantischen Kulturraums verknüpft war und ungeachtet abweichender kultureller Traditionen in Ländern der sogenannten Dritten Welt zur Geltung gebracht wurde, erhellt Maria Dörnemanns Beitrag. Die Entwicklungshilfe stand seit den 1960er Jahren in einem funktionalen Bezug zur Dekolonisierung, insbesondere in Afrika. Je mehr sich die Europäer aus den Kolonialgebieten zurückzogen, desto mehr stellte sich die Frage, was aus den Kulturen der indigenen Bevölkerung werden sollte, die nach Jahrzehnten des Kolonialismus auch von innen her aufgebrochen waren. Die Fallstudie zur

Familien- und Bevölkerungspolitik in Kenia liefert ein eindringliches Beispiel für den Anspruch und die Wirkmacht supranationaler, mithin scheinbar von nationalstaatlichen Interessen eines oder mehrerer Länder unabhängiger Organisationen, die in den USA lediglich koordiniert und finanziert wurden. Die Bevölkerungspolitik in Kenia, die darauf zielte, dem Bevölkerungswachstum entgegenzuarbeiten und darüber hinaus das Land ökonomisch dem Modell der entwickelten westlichen Gesellschaften anzunähern, zeigt Formen informeller Hegemonie. Sie beruhte auf der Akzeptanz sozialwissenschaftlicher Ideologeme wie der (zuerst in den USA formulierten) Modernisierungstheorie und diente dem weiterreichenden Zweck, diese Gesellschaft entsprechend den eigenen Entwicklungszielen umzubauen. Objektive materielle Grundprobleme im betreffenden Land – in Kenia das starke Bevölkerungswachstum – wurden dazu genutzt, um die sozioökonomische Ordnung insgesamt so zu verändern, dass ein höheres Maß an Kompatibilität zum Nutzen der »entwickelten« Partner erreicht wurde. Dörnemanns Fallstudie, die in der Zeit des Booms angesiedelt ist, lässt deutlich die Funktionsweise und Transformationskraft theoriebasierter Strukturkonzepte erkennen, die in einer bestimmten Zeit einem bestimmten Interesse und bestimmten Notwendigkeiten dienen, wie wir sie in der Entstehung und Ausbreitung der neoliberalen Transformation gleichfalls beobachten können.

Der dritte Teil unserer »Vorgeschichte der Gegenwart« gilt dem Übergang von der Massenkonsumgesellschaft der Nachkriegszeit zur pluralisierten, individualisierten Konsumentengesellschaft seit den 1970er Jahren. Naturgemäß nimmt die Geschichte des Konsums in den Forschungsdebatten über die Epoche nach dem Boom einen zentralen Platz ein. Während die Welt der Arbeit fraglos von Umbrüchen und Zäsuren geprägt war, liefern die Zahlen und Narrative der Konsumgeschichte Belege für ungebrochenes Wachstum über die vermeintliche Zäsur der Ölkrise von 1973 hinweg, aber auch für die Pluralisierung von Angebot und Nachfrage. Eine dezidiert konsumhistorische Epochendeutung ist angesichts der gemischten Befunde zu Kontinuitäten und Innovationen bisher ausgeblieben. Allein für die britische Sozialgeschichte hat Avner Offer eine solche Deutung vorgelegt. Er verknüpft das Ende der britischen Arbeiterbewegung als einer Größe von politischem und gesellschaftlichem Einfluss ganz eng mit der Durchsetzung privater, individualisierter Konsumorientierung gegen die klassenpolitisch fundierte Verteidigung kollektiver Güter in den 1970er und dann vor allem den 1980er Jahren²⁷. Ein solches an Streecks Thesen oder den Ansatz der *Social Resilience* erinnerndes politökonomisches Interpretationsmodell findet sich weniger deutlich formuliert auch als Erklärungsschablone für die Geschichte Italiens. Hier ist von der Zäsur des sogenannten hedonistischen Jahrzehnts der 1980er Jahre die Rede. Dieses Modell wird jedoch für die übrigen westeuropäischen Länder kaum benutzt. Für die bundesdeutsche Debatte besitzt

27 Avner Offer, *British Manual Workers: From Producers to Consumers, c. 1950–2000*, in: *Contemporary British History* 22 (2008), S. 537–571.